

Mindestlohnkampagne wird fortgesetzt – DIE LINKE. Sachsen macht Druck für die Durchsetzung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn

Beschluss des 1. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen vom 14. und 15.7.2007

DIE LINKE. Sachsen macht Druck für die Durchsetzung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns von 8 EURO /plus je Stunde.

Die Mindestlohnkampagne wird fortgesetzt. Alle Parteigliederungen sind aufgefordert, die Forderung weiterhin gezielt in die Öffentlichkeit zu tragen.

Im Herbst 2007 und im Frühjahr 2008 werden wir in Übereinstimmung mit den örtlichen Verbänden der Partei zur Fortsetzung der Kampagne eine weitere Infotour durch Sachsen organisieren. Zu diesem Zweck werden wir Kontakt mit den entsprechenden Gremien und Gliederungen des DGB, der anderen Gewerkschaften und der Sozialverbände wieder aufnehmen.

Außerdem sollen unsere Gliederungen auch Kontakt aufnehmen mit Gremien, Gliederungen und einzelnen Mitgliedern der SPD, die die Forderung nach einem Mindestlohn ernst nehmen, und ihnen gemeinsame Aktionen vorschlagen.

Zudem bitten wir alle sächsischen Vertreter in den Bundesgremien der Partei und in der Bundestagsfraktion, sich für eine konkrete bundesweite Kampagne für den Mindestlohn von 8 Euro + einzusetzen.

Angesichts der verheerenden Wirkungen der Hartz IV-Gesetze, die den Druck auf die Löhne noch verstärken, werden wir im Bundestags- und im Landtagswahlkampf 2009 diese Forderung als eine unserer Kernforderungen in den Mittelpunkt stellen.

Nach wie vor ist ein gesetzlicher Mindestlohn für alle eine absolut notwendige Maßnahme, um Lohndumping zu bekämpfen und zu verhindern, dass die benachteiligten Mitglieder unserer Gesellschaft gegeneinander und gegen diejenigen, die noch Arbeit haben, in einer Spirale nach unten ausgespielt werden. Dies ist besonders der Fall in Sachsen, da hier im Osten der Druck auf die Löhne besonders stark ist und Sachsen ein Billiglohnland ist. Zusätzlich existiert noch immer eine Ungleichbehandlung der Frauen und Männer in der Lohnfrage.

Die Linke hat mit ihrer bisherigen Politik gezeigt, dass sie ihre soziale Verantwortung in der Mindestlohnfrage ernst nimmt, während die SPD ihre eigene Glaubwürdigkeit mit Scheinkampagnen und Wahlkampfrhetorik immer weiter in Frage stellt.

Zum Mindestlohn gibt es keine Alternative. Jetzt kommt es darauf an, ein breites Bündnis zu schaffen, um die notwendigen politischen Mehrheiten zu erkämpfen und die Verbündeten in den Gewerkschaften und den anderen politischen Verbänden für eine konkrete weitere Zusammenarbeit vor Ort zu gewinnen.

f. d. Richtigkeit des Beschlusses

Rico Gebhardt
Landesgeschäftsführer
DIE LINKE. Sachsen